

CoronaUpd_16 Kapitel 21: Integration und Migration

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 24.05.2020

Text

2130 Köln ist vielfältig, bunt und weltoffen und soll es auch bleiben. Etwa ein
2131 Drittel der Kölner Bevölkerung sind Migrant*innen. Nach Köln kommen viele
2132 Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen; sie suchen Schutz vor Krieg und
2133 Gewalt in ihren Herkunftsländern, sind auf der Suche nach Arbeit oder wollen
2134 hier studieren. Diese Vielfalt haben wir GRÜNE stets als Chance und auch als
2135 Motor für die Entwicklung Kölns gesehen. Ein Grundsatz Grüner Politik ist es,
2136 für ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen, bunten
2137 Gesellschaft zu sorgen. Darum leisten wir Widerstand, wenn gegen „Überfremdung“
2138 gehetzt, rassistisch und/oder diskriminierend gehandelt wird. Große Teile der
2139 Stadtgesellschaft ziehen inzwischen an einem Strang, um Integration und die
2140 Teilhabe aller Menschen in Köln aktiv mit einander zu gestalten, denn nur so
2141 kann beides gelingen. Als in den Jahren 2015 bis 2017 viele Geflüchtete nach
2142 Köln kamen oder Köln zugewiesen wurden, haben die Kölner*innen mit großem
2143 Engagement und in starker Solidarität großartige Willkommensstrukturen
2144 aufgebaut, die größtenteils bis heute bestehen. Dennoch haben nicht alle
2145 Menschen gleichberechtigt Zugang zu den Chancen, Möglichkeiten und
2146 Dienstleistungen ihrer Stadt. Die Hauptursachen dafür sind Gesetze wie das
2147 Ausländerrecht, das inzwischen deutlich eingeschränkte Flüchtlingsrecht sowie
2148 faktische, rassistische Diskriminierungen z. B. im Schulsystem, im Arbeitsmarkt
2149 oder im Wohnungsmarkt. Im Bereich des Aufenthaltsrechts hat es zahlreiche
2150 Umwandlungen von langen Duldungen in verfestigte Aufenthaltstitel (Bleiberecht)
2151 gegeben, u. a. durch die Arbeit der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“.
2152 Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung – auch der Kölner
2153 Stadtverwaltung – muss unbedingt weiter ausgebaut werden.

2154 : Die Monate der Ansteckungsgefährdung durch das Corona-Virus zeigen
2155 : deutlich die Schwachstellen bei der Unterbringung von Menschen in Heimen
2156 : und Großunterkünften z. B. für Geflüchtete. Die Schaffung von
2157 : abgeschlossenen Wohneinheiten sind der beste Schutz vor
2158 : Massenansteckungen.

2159 Unsere Grüne Vision für Köln

2160 Wir wollen ...

- 2161 • Köln als eine vielfältige und bunte Stadt erhalten, in der alle Menschen
2162 solidarisch und respektvoll miteinander leben.
- 2163 • uns unvermindert für die Wahrung der Menschenrechte, den Antirassismus und
2164 der Vielfalt der Kulturen sowie für die Teilhabe aller Kölner*innen am
2165 politischen, sozialen und kulturellen Leben in Köln einsetzen.
- 2166 • dass Integration am Tag des Ankommens beginnt und mit unserer Politik
2167 Teilhabe fördern, Ankommende wie hier Lebende unterstützen,
2168 Diskriminierung abbauen, die Rechte der Menschen wahren, Zugänge
2169 gewährleisten sowie für Sprachkenntnisse sorgen.

2170 Unsere Grünen Erfolge in Köln

2171 Wir haben ...

- 2172 • uns für ein interkulturelles Maßnahmenprogramm zur Förderung der
2173 Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens
2174 eingesetzt und die Maßnahmen mit einem eigenen Integrationsbudget
2175 hinterlegt.
- 2176 • den Integrationsrat als politisches Beteiligungsorgan der Migrant*innen in
2177 Köln durch verbesserte Entscheidungsmöglichkeiten gestärkt sowie die
2178 Gründung des Amtes für Integration und Vielfalt bei der Stadt Köln im
2179 Dezernat der Oberbürgermeisterin unterstützt.
- 2180 • den Vorschlag der „Grünen offenen Liste“ im Integrationsrat für die
2181 Einführung eines Ehrenamtspreises für Demokratie und Vielfalt unterstützt.
- 2182 • uns für ein zentrales Migrationsmuseum in Köln eingesetzt.
- 2183 • uns für mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung stark gemacht.
- 2184 • auch bei steigenden Flüchtlingszahlen an unserer Politik des
2185 Flüchtlingsschutzes und der Wahrung der Menschenrechte festgehalten, indem
2186 wir u. a. die Aufnahme von aus Seenot im Mittelmeer geretteten
2187 Geflüchteten in Köln mit vorangetrieben haben.
- 2188 • uns für ein Bleiberecht von langjährig geduldeten Zuwander*innen
2189 eingesetzt, von denen z. B. zahlreiche Roma-Familien profitiert haben, und
2190 gegen die Verelendung von in Köln gestrandeten Menschen aus Ländern der
2191 EU-Osterweiterung humanitäre Hilfen aufgebaut.
- 2192 • uns gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen für
2193 Mindeststandards bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
2194 sowie die finanzielle und personelle Stärkung der Ehrenamtsstrukturen
2195 eingesetzt.

2196 Unsere Grünen Ziele für Köln

2197 Wir werden ...

- 2198 • uns dafür einsetzen, dass die interkulturellen Zentren und
2199 Migrant*innenselbstorganisationen auch in Zukunft von kommunaler Seite mit
2200 finanziellen Mitteln unterstützt und gestärkt werden.
- 2201 • uns noch stärker für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten
2202 einsetzen und auf eine verbindliche Aufnahmeregelung hinwirken.
- 2203 • das Amt für Integration und Vielfalt zu einem Vorzeigeamt machen, das ein
2204 vielfältiges, diskriminierungsfreies und demokratisches Zusammenleben in

- 2205 Köln wahrt und gleichzeitig auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung
2206 drängen.
- 2207 • das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
2208 weiterentwickeln.
- 2209 • die Integration und eine gleichberechtigte, gesellschaftliche Teilhabe von
2210 Geflüchteten in Köln weiter vorantreiben, insbesondere über den
2211 verstärkten Bau öffentlich geförderten Wohnraums, sowie durch
2212 Unterstützung bei der Suche nach Arbeit und Beschäftigung.
- 2213 • darauf drängen, dass mit den auf unsere Initiative hin schon 2005
2214 beschlossenen „Leitlinien der Stadt Köln“ weiter daran gearbeitet wird,
2215 die Unterbringung und Betreuung Geflüchteter an humane Standards zu
2216 knüpfen und z. B. eine dezentrale Unterbringung in gemischten
2217 Wohnquartieren ein eigenständiges, selbstbestimmtes und normales Leben
2218 ermöglicht.
- 2219 • die wichtige Arbeit der unabhängigen Flüchtlingsberatungsstelle, des
2220 interkulturellen Flüchtlingszentrums und ähnlicher Hilfseinrichtungen auch
2221 in Zukunft sicherstellen.
- 2222 • weiterhin für ein Bleiberecht langzeitgeduldeter Menschen eintreten.
- 2223 • auch zukünftig die städtische Unterstützung für „Menschen ohne Papiere“
2224 sicherstellen.
- 2225 • uns weiterhin auf der dafür zuständigen Bundesebene dafür stark machen,
2226 dass auch Nicht-EU-Bürger*innen kommunales Wahlrecht erhalten.
- 2227 • uns weiterhin auf Bundesebene für legale und sichere Fluchtwege einsetzen,
2228 sowie für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten, aus
2229 griechischen Geflüchtetenlagern und Ländern an der europäischen
2230 Außengrenze wie Bosnien.